Stadt Dessau-Roßlau

19.10.2026

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 06.10.2026

Sitzungsbeginn:	**16:30 Uhr**
Sitzungsende:	**18:04 Uhr**
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**
Teilnehmer/-innen:	**siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kaßner, Ausschussvorsitzender in Vertretung und Fraktion Bündnis90/Die Grünen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 06. Oktober 2026, 16.30 Uhr mit 5 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Da keine Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche vorgebracht werden, bittet **Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, um Abstimmung

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2026

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach Ergänzungs- und / oder Änderungswünschen. Da dies nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Diedering, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), erscheint 16.35 Uhr zur Sitzung. Somit sind 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Bündnis90/Die Grünen, eröffnet den Tagesordnungspunkt 5 „Einwohnerfragestunde“ und teilt mit, dass keine schriftliche Einwohnerfragen vorliegen. Er weist darauf hin, dass eine Bürgerin anwesend ist.

Die Bürgerin stellt sich als Ingrid Brandenburger vor und erklärt, sie vertrete eine Gruppe von Anwohnern und sei selbst Anwohnerin der Schlachthofstraße in Dessau-Nord. Sie führt aus, die Anwohner verfolgten seit September des Vorjahres das Ziel, für die Schlachthofstraße eine Verkehrsentlastung zu erreichen. Hierzu seien sie zunächst im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Mobilität vorstellig geworden. In mehreren Sitzungen sei die Angelegenheit dort behandelt worden. Der aus ihrer Sicht einfachste und gut umsetzbare Wunsch der Anwohner sei die Umwandlung der Schlachthofstraße in eine Einbahnstraße gewesen. Dieser Vorschlag sei im Ausschuss von allen positiv bewertet worden. Anschließend sei jedoch das Problem aufgetreten, dass seitens des Ordnungsamtes zunächst über lange Zeit keine Stellungnahme der Stadtverwaltung erfolgt sei. In einer weiteren Sitzung im Januar sei mitgeteilt worden, dass im Ordnungsamt zahlreiche Stellen unbesetzt seien und eine Prüfung nach den einschlägigen Vorschriften der Straßenverkehrsordnung erforderlich sei, für die derzeit keine Kapazitäten bestünden. Auch eine beantragte Verkehrszählung habe bislang nicht beauftragt werden können. Im weiteren Verlauf habe sich der Vorgang bis in das Frühjahr hingezogen. Herr Fackiner aus dem Dezernat III habe ihr hierzu noch einmal den damaligen Sachstand per E-Mail erläutert. Zudem sei beschlossen worden, die Angelegenheit an den hiesigen Ausschuss zu übergeben. Da sie im Frühjahr und in der Folgezeit verhindert gewesen sei, habe sie die Sitzungen nicht besuchen können. Vor diesem Hintergrund fragt sie nach, was in dieser Angelegenheit inzwischen geschehen oder ob der Vorgang in Vergessenheit geraten sei.

Herr Kaßner bittet die Verwaltung um Beantwortung der Frage.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erklärt, er könne in der Sache selbst zunächst nur eingeschränkt Auskunft geben. Nach seiner Kenntnis sei der Vorgang im hiesigen Ausschuss bislang weder behandelt noch angesprochen worden; insoweit sei dies zunächst die Antwort auf die Nachfrage von Frau Brandenburger. Im Übrigen bestätigt er die von ihr geschilderte Situation in der zuständigen Ordnungsbehörde. Dem Ausschuss sei bekannt, dass die Prüfung solcher Angelegenheiten tatsächlich im Wesentlichen von einer einzelnen Person wahrgenommen werde und es dort Engpässe gebe. Er sichert zu, den Sachverhalt erneut mitzunehmen. Ihm selbst sei die Angelegenheit in dieser konkreten Form bislang nicht bekannt gewesen. Er werde nun prüfen, inwieweit die

Sachlage ordnungsgemäß bearbeitet werden könne und ob bereits einzelne vorbereitende Maßnahmen oder Prüfungen veranlasst werden könnten. Zugleich weist er darauf hin, dass die Umwandlung der gesamten Schlachthofstraße in eine Einbahnstraße kein einfacher Verwaltungsakt sei. Zwar sei ihm die gewünschte Fahrtrichtung nicht bekannt, jedoch werde er sich unabhängig davon als zuständiger Beigeordneter erneut mit der Ordnungsbehörde ins Benehmen setzen, damit die Angelegenheit zielgerichtet bearbeitet werde. **Herr Horváth** bittet Frau Brandenburger, ihre Kontaktdaten anzugeben, damit Sachstände künftig auch direkt an sie übermittelt werden können.

Herr Kaßner fragt, ob weitere Einwohnerfragen vorlägen. Da dies nicht der Fall ist, schließt er den Tagesordnungspunkt.

6 Beschlussfassungen

Herr Kaßner, stellvertretender Vorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert, dass keine Beschlussfassungen vorliegen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es werden keine Wortbeiträge vorgebracht.

7.1 Evaluation Umsetzung Spielplatzkonzeption

Frau Dr. Lott, Leiterin des Referates Stadtgrün, berichtet über den Neubau und die Erneuerung von Spielplätzen, die aufgrund von Bedarfsermittlungen und der Bewertung bestehender Spielplätze erforderlich sind. Es wurde auch betont, dass eine Kinderbeteiligung bei der Planung der Spielplätze durchgeführt wird, um sicherzustellen, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt werden. Es umfasst die Planung und Umsetzung von Spielplätzen in verschiedenen Kategorien, darunter aktive Spielplätze und kombinierte Spielplätze. Sie erläutert, dass es das Zeil sei, die Dichte der Spielflächen für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren zu verbessern, sodass diese in einem Radius von 500 Metern erreichbar sind, was in etwa 10 Gehminuten entspricht. Die Präsentation ist der Niederschrift als *Anlage* beigefügt.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erkundigt sich nach dem Sachstand zur Freilaufwiese für Hunde an der Schaftrift/Mannheimer Straße Ecke Weststraße. Das Vorhaben liege seit etwa einem Dreivierteljahr oder länger brach, obwohl nach seiner Darstellung lediglich noch eine kleine Tür im Zaun fehle.

Frau Dr. Lott, Leiterin des Referates Stadtgrün, erklärt, dass die erforderlichen Mittel im laufenden Haushaltsjahr veranschlagt sind. Die Umsetzung sei jedoch aus Kapazitätsgründen bislang nicht erfolgt. Es seien Zaunbauarbeiten sowie eine

Zuwegung über Flächen der ehemaligen Schule an der Kleinen Schaftrift erforderlich. Eine Lösung liege vor; die Umsetzung habe bislang wegen anderer Prioritätensetzungen im Fachbereich nicht erfolgen können.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, verweist auf seine schriftliche Anfrage zum Planungs- und Genehmigungsstand des Deichbaus am Scholitzer See. Betroffen sei der letzte noch nicht vollständig ertüchtigte Deichabschnitt im Stadtgebiet mit einer Länge von etwa 400 Metern, der um bis zu 50 Zentimeter erhöht werden müsse. Nach seinen Informationen sei eine Ertüchtigung bis 2027 vorgesehen. Er bittet die Verwaltung, beim Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft bzw. beim zuständigen Fachministerium nachzufragen, ob nach 15 Jahren tatsächlich 2027 mit der Umsetzung gerechnet werden könne.

Herr Max, sachkundiger Einwohner, trägt drei Anfragen vor:
Zum Katastrophenschutz erklärt er, für die Ausbildung von Mitgliedern und insbesondere Führungskräften über die Landesfeuerwehrschule gebe es keine Stellen; zudem sei offenbar keine Bedarfsmeldung erfolgt. Betroffen seien Betreuungszug und Sanitätszug des DRK. Er bittet darum, bei der Landesfeuerwehrschule wegen Ausbildungsplätzen und finanzieller Mittel nachzuhaken.

Weiterhin fragt er nach der Umsetzung des Feuerwehrportals für den Katastrophenschutz; trotz Stadtratsbeschlusses erfolge die Alarmierung weiterhin per SMS und Handy.

Außerdem verweist er auf eine dem Stadtfeuerwehrverband zugesagte Zuwendung in Höhe von 3.000 Euro, von der bislang nur 60 Prozent freigegeben worden seien, und bittet um Freigabe des Restbetrages.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erklärt zur Zuwendung, er gehe von einem entsprechenden Antrag aus und werde sich persönlich darum kümmern, dass dem Feuerwehrverband die volle zugesagte Summe zur Verfügung gestellt werde. Im Übrigen verweist er zur Beantwortung der Detailfragen an Herrn Lange-Lippmann.

Herr Lange-Lippmann, Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, führt aus, dass er zum Sachstand der Lehrgänge für das DRK derzeit keine Auskunft geben könne. Er werde den Sachverhalt aufnehmen und klären.

Herr Max ergänzt, dass nach seiner Einschätzung weniger Herr Müller als vielmehr Herr Rothe eingebunden sei. Von dort sei die Rückmeldung erfolgt, dass es keine Kontingentierung und keine Bedarfsmeldung gebe.

Herr Lange-Lippmann erklärt, dass dies geklärt werden müsse. Zum Feuerwehrportal führt er aus, dass nach seinem Kenntnisstand die Finanzierung

bislang nicht freigegeben worden sei; für den Bereich Katastrophenschutz werde er dies prüfen.

Auf den Hinweis von **Herrn Max** auf einen Stadtratsbeschluss erklärt **Herr Lange-Lippmann**, dass ihm bekannt sei, dass ein Beschluss vorliege, jedoch keine Mittel zur Verfügung gestellt worden seien; auch dies werde geprüft.

Herr Weber, Fraktion der Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), fragt vor dem Hintergrund der Haushaltssperre, welche aktuellen Maßnahmen der Freiwilligen Feuerwehren bzw. des Katastrophenschutzes betroffen seien und ob hierzu eine Übersicht existiere. Eine E-Mail habe bei verschiedenen Feuerwehren für Unruhe gesorgt; insbesondere längerfristig geplante Lehrgänge hätten zu Verstimmungen geführt.

Herr Horváth erklärt, dass grundsätzlich die Haushaltssperre in der beschlossenen Form gelte. Im Einzelfall sei zu prüfen, welche Sachverhalte tatsächlich erfasst würden. Für den Bereich Feuerwehr handele es sich insgesamt um einen pflichtigen Aufgabenbereich. Maßnahmen, für die bereits vertragliche Bindungen eingegangen worden seien oder deren Sachstand eine Rückabwicklung nicht mehr zulasse, müssten im Grundsatz weitergeführt werden. Hinsichtlich der Feuerwehr sei man so verblieben, die Haushaltssperre mit Augenmaß zu handhaben, damit bereits angestoßene Maßnahmen, auch im Bereich der Kinder- und Jugendfeuerwehr, noch umgesetzt werden könnten. Das sei mit dem Oberbürgermeister abgestimmt. Für bereits eingetretene Einzelfälle könne er keine abschließende Aussage treffen; das Amt sei jedoch informiert.

Herr Groneberg weist darauf hin, dass Wahlplakate inzwischen hätten entfernt werden müssen. In der Sollnitzer Allee sowie in der Tiergartenstraße ab der Kirchhau hingen noch herabgerutschte Plakate. Er regt an, dass der Ordnungsdienst dort nachschaue und die betroffenen Parteien zur Entfernung auffordere oder andernfalls eine kostenpflichtige Ersatzvornahme veranlasse.

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um einen Überblick über die Entwicklung des Eichenprozessionsspinners sowie einen Ausblick auf das nächste Jahr. Zudem erkundigt er sich nach dem Stand der Entschlammung der städtischen Standgewässer und nach dem Stand des Forsteinrichtungsplans.

Herr Jähnichen, Leiter des Amtes für Umwelt, erklärt, einen Sachstandsbericht zum Eichenprozessionsspinner könne man in einer der nächsten Sitzungen geben; der eigene Bereich sei hierfür jedoch nicht federführend zuständig. Hinsichtlich der Forsteinrichtungsplanung falle dies nicht in seinen Zuständigkeitsbereich, sondern in den des Tiefbauamtes, soweit der städtische Wald betroffen sei.

Herr Horváth ergänzt, dass die Frage zum Forsteinrichtungsplan bereits im letzten Ausschuss gestellt wurde und aus seiner Sicht durch das Tiefbauamt beantwortet

werden müsse. Auch die Gewässerentschlammung betreffe nach seiner Einschätzung das Tiefbauamt. Er nehme die Frage noch einmal mit; andernfalls könne sie auch im Bauausschuss behandelt werden. In jedem Fall werde eine Antwort veranlasst.

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kaßner, stellvertretender Ausschussvorsitzender und Fraktion Bündnis90/Die Grünen, schließt die Sitzung 18.04 Uhr.

Dessau-Roßlau, den 19.10.26

Christoph Kaßner Stellvertretender Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt	Ramona Koch Schriftführerin